

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Michael Köberle  
(im Hause)

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,**

wir bitten Sie darum, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

## **KOMMUNALE KRIMINALITÄTSPRÄVENTION (KKP) IN LIMBURG**

### **Beschlussvorschlag**

1. Der Magistrat wird gebeten, eine quantitative Bevölkerungsbefragung zu subjektiven Einschätzungen und Wahrnehmungen zu Gefährdungen und Aufenthaltsbeeinträchtigungen öffentlicher Räume in Limburg zu erheben. Die Erhebung soll im Zwei-Jahres-Turnus erfolgen.
2. Im Anschluss an die Erhebung(en) sollen im Anschluss gezielt Gespräche mit Bevölkerungsgruppen im Rahmen von fokussierten Workshops und/oder Stadtrundgängen stattfinden. Die Ortsbeiräte sind hier einzubeziehen.
3. Die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung dieser Maßnahmen sollen im Haushalt 2017 eingeplant werden.
4. Ergänzend sollen bei städtebaulichen Planungen künftig im Rahmen der planerischen Abwägungsprozesse kriminalpräventive Aspekte ausdrücklich mitberücksichtigt werden. Eine Checkliste für neue Baugebiete, wie sie einzelnen Kommunen bereits standardmäßig als Arbeitshilfe für die Beurteilung von städtebaulichen Planungen verwenden, soll aus Sicht der Kriminalprävention die städtebauliche Planung in Limburg künftig ergänzen und nachhaltig optimieren.

### **Begründung**

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger steht mit dem tatsächlichen Kriminalitätsaufkommen vor Ort nur mittelbar in Beziehung. Es ist daher sinnvoll und wichtig, das subjektive Empfinden der Bürger als eine eigenständige Größe zu erfassen.

Die letzte Studie dieser Art (vgl. Schmelz, G., Subjektives Sicherheitsgefühl und persönliche Angsträume in Limburg/Lahn 1999/2004/2010 – Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung, Wiesbaden 2011) basiert auf Umfragen der Jahre 1999, 2004 und 2010.

Im Zusammenhang mit diesen Studien hatte die Stadt Limburg immer wieder konkrete Maßnahmen ergriffen, die seinerzeit das Sicherheitsgefühl gestärkt hatten: So wurden Räume (Parkhäuser, Ecken, Laufwege) deutlich heller gestaltet und für mehrere Millionen Euro das Bahnhofsumfeld aufgewertet. Es zeigte sich, dass die Umfragen wichtige Hinweise auf Angsträume lieferten, die nach und nach beseitigt wurden. Da diese Studie nunmehr sechs Jahre alt ist, ist eine erneute Befragung absolut angezeigt.

Die CDU-Fraktion spricht sich deshalb dafür aus, in Limburg (einschließlich der Stadtteile) eine repräsentative Befragung der Bürgerinnen und Bürger mittels eines standardisierten Fragebogens

durchzuführen. Entsprechende Bögen sind vom Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) entwickelt worden. Mit diesem Instrument kann abgebildet werden, welche Sicherheitsprobleme aus Sicht der Bevölkerung bestehen.

Der Grad der Verunsicherung kann im Zeitverlauf in seinen Schwankungen beobachtet werden, weshalb die Erhebung im Zwei-Jahres-Turnus vorgeschlagen wird. Orte, die als besonders unsicher erlebt werden, lassen sich kleinräumig lokalisieren. Besorgnisse zu verschiedenen Deliktarten und sowie hinsichtlich der Verkehrssicherheit können identifiziert werden.

Außerdem wird deutlich, welche Maßnahmen die Bevölkerung für vordringlich hält und welche Bedarfe bestehen, um die Lebensqualität in puncto Sicherheit in öffentlichen Räumen zu erhöhen.

In einem anschließenden zweiten Teil sollten dann gezielt Gespräche mit Bevölkerungsgruppen im Rahmen von fokussierten Workshops und/oder Stadtrundgängen stattfinden. Ziel dieses Bausteins ist die detaillierte Erhebung der Hintergründe und genauen Lokalisierung von Verunsicherungen und „unbehaglichen“ Räumen. Im der gemeinsamen Diskussion können sowohl Ursachen als auch Verbesserungsmaßnahmen ausgelotet und differenziert werden. Die Ortsbeiräte sind hier ausdrücklich einzubeziehen.

Die zunehmende Zahl von Einbruchdelikten ist ein immer größer werdendes örtliches Phänomen, insbesondere in Limburg, nachzulesen in der im Mai veröffentlichten Kriminalstatistik des Bundesinnenministeriums für das Jahr 2015. Danach haben die registrierten Straftaten allein im Kreis Limburg-Weilburg von 2012 bis 2015 um 89 Prozent zugenommen. Die günstige Verkehrslage der Stadt in unmittelbarer Nähe zur A 3 und anderer Hauptverkehrsstraßen macht es reisenden Tätergruppen besonders leicht. Die stetig wachsenden Zahlen von Einbruchdelikten bei zugleich eher niedriger Aufklärungsquote (2015 wurden bundesweit nur 15,2 Prozent aufgeklärt) führen zu einer stetig steigenden Verunsicherung der Bevölkerung.

Dort, wo Kriminalität entsteht, begünstigt oder gefördert wird, muss auch ihre Ursache erkannt und beseitigt werden. Bei den Zielsetzungen einer Kommune, den Bürgerinnen und Bürgern ein lebenswertes und sicheres Umfeld zu bieten, kommt dem Thema „städtebauliche Kriminalprävention“ daher zunehmend Bedeutung zu. So haben einzelne Kommunen (z. B. Detmold, Augsburg) eine Checkliste entwickelt, die es allen Beteiligten ermöglichen soll, bei der Beurteilung städtebaulicher Planungen allgemein und im Zuge von Bebauungsplanverfahren im Besonderen frühzeitig auf wesentliche Aspekte der Kriminalprävention aufmerksam zu machen.

Die CDU-Fraktion spricht sich deshalb dafür aus, für die Kreisstadt Limburg künftig eine solche Checkliste für Baugebiete als Arbeitshilfe für die Beurteilung von städtebaulichen Planungen einzusetzen, um aus kriminalpräventiver Sicht damit die städtebauliche Planung in Limburg künftig ergänzen und optimieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Christopher Dietz'.

i. V. Dr. Christopher Dietz  
Fraktionsvorsitzender